Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936
1930

283 (5.12.1930)

Visual Library

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Bezugspreis durch die Post monatlich 1.75 M. zuzüglich Postgebühren oder durch Träger frei ins Haus pro Monat 1.75 M. Einzelnummer 10 Pfg. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. d. M. auf den Monatsletzten angenommen werden.

Verlag: Buch- und Steindruckerei R. Barth, Ettlingen, Kronenstraße 26. Fernspr. 75. Postscheckkonto 1181 Karlsruhe. Verantwortlich für den politisch. Teil: Erich Pabel-Rastatt, für den lokalen und Inseratenteil: R. Barth, Ettlingen. Druck: K. & H. Greiser G. m. b. H., Rastatt, Kaiserstr. 40-42. Schluß der Anzeigenannahme: 9 Uhr, dringende Anz. 10 Uhr.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 5 Goldpfennig, Sammelanzeigen 10 Goldpfennig, Reklame-Anzeigen 25 Goldpfennig. Beilagen: Das Tausend 10 Goldmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtl. Beitreibung und Konkursen wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 283 | **Freitag, den 5. Dezember 1930** | **68. Jahrgang**

Das französische Kabinett gestürzt

Paris, 5. Dez. Der Donnerstag brachte im Senat die entscheidende Interpellation Herys, die darüber bestimmen sollte, ob das Kabinett Tardieu am Ruder bleibt oder nicht. Der Senator Hery übte an der Regierung heftige Kritik. Er warf ihr vor, daß sie gegen die Kammer mit unerlaubten Mitteln vorgehe. — Ministerpräsident Tardieu antwortete Hery zunächst mit der Bemerkung, daß er ihm für die Gelegenheit dankbar sein müsse, sich mit dem Senat ehrlich auseinanderzusetzen. Die Politik der Regierung bestehe darin, Frankreich ein Höchstmaß von Einigkeit zu geben, damit es dem Druck von außen und der Wirtschaftskrise widerstehen könne. Auf die Ursachen der Krise sei man weder in der Kammer noch im Senat eingegangen. Die jetzige Weltwirtschaftskrise fände nicht ihresgleichen. Unter den betreffenden Ländern gehe es Frankreich noch am besten. Die Bank von Frankreich verfüge über 51 Milliarden Franken in Gold in den Sparkassen liegen 37 Milliarden Franken. Unsere Lage ist günstig, weil wir sparsam sind, und weil Poincaré die Stabilisierung unter so günstigen Bedingungen verwirklicht hat. Hierauf kam der Ministerpräsident auf die Arbeit seiner Regierung zu sprechen. Sie sei ein Versuch, das Eindringen der ausländischen Wirtschaft nach Frankreich zu verhindern. Schließlich kam Tardieu auf die französische Außenpolitik zu sprechen. Die außenpolitische Lage ist ernst, erklärte er, aber nicht beunruhigend. Briand und ich beschäftigen uns beide damit und haben uns immer sehr gut verstanden. Unter allgemeinem Gelächter warf der linksgerichtete Senator de la Haye hier ein, ob diese Verständigung auch schon zur Zeit „des kreperten Hundes" bestanden habe. Tardieu erklärte hierauf, daß Frankreich 1929 vor einer festumgrenzten Politik gestanden habe. Der Youngplan sei angenommen gewesen und Frankreich habe nur das zu wahren gehabt, was es erreicht hatte. **Dann aber sei der Erfolg Hitlers bei den deutschen Wahlen gekommen**, was er als Enttäuschung empfunden habe. „Angesichts dieser Tatsache", so betonte er, „befanden wir uns vor zwei Möglichkeiten: Unsere Politik umzustellen oder sie fortzusetzen. Wir haben geglaubt, daß eine Umstellung der Politik schlecht gewesen wäre. Frankreich wird sein großes Ziel weiter verfolgen, das darin besteht, seinen Sieg zu bewahren und dem Frieden zu dienen. Auf die Grundsätze der Abrüstungspolitik einzugehen, erübrigt sich. Was die Revision der Verträge anlangt, so brauche ich nicht noch einmal zu wiederholen, daß eine dauernde Veränderung der Karte von Europa nicht angeht. Dr. Curtius hat auf meine Kammerrede geantwortet. Ich glaube aber nicht, daß dieser Austausch von Reden von Tribüne zu Tribüne ein Mittel ist, um Angelegenheiten von Völkern zu behandeln. Im Interesse des Weltfriedens muß man die unterzeichneten Verträge respektieren." Die Ausführungen Tardieus fanden bis weit über die Mitte des Senats hinaus starken Beifall. Die Sitzung wurde hierauf auf kurze Zeit unterbrochen.

Nach der Pause stellte Tardieu im Senat die Vertrauensfrage. Die Regierung blieb dabei mit 8 Stimmen in der Minderheit. 147 Senatoren stimmten gegen die Regierung und nur 139 für sie. Die Regierung Tardieu ist damit gestürzt.

*

Unter groteskeren Umständen kann man sich einen Regierungssturz nicht denken. Das Kabinett Tardieu bröckelte in den letzten Wochen allmählich ab. Der Krach der Bank Oustric hat die Namen zahlreicher Kabinettsmitglieder in ein etwas merkwürdiges Licht gestellt. Tardieu sah sich zunächst gezwungen, auf die Mitarbeit seines Justizministers Péret zu verzichten. Der Rücktritt Pérets hat in Frankreich ungeheures Aufsehen erregt, und dies umsomehr, als Tardieu noch wenige Tage vor Pérets Rücktritt in der Kammer eine Schlacht für ihn mit Erfolg, also mit Vertrauensvotum, auskämpfte. Unmittelbar darauf war Peret rettungslos verloren. An seine Stelle kam Chéron, ein Finanzminister a. D., der in Frankreich in erster Linie wegen seiner sprichwörtlichen Beleibtheit volkstümlich ist. Nach dem Rücktritt Pérets konnte zunächst angenommen werden, daß das Kabinett die gefährlichste Klippe hinter sich habe. Aber die Affäre Oustric verlangte weitere Opfer. Die zahlenmäßig größte Regierung, die Frankreich je hatte — das Kabinett Tardieu zählte, Unterstaatssekretäre mit einbegriffen, 42 Mitglieder! — wies noch weitere Männer auf, die an den Machenschaften des Herrn Oustric mehr oder weniger direkt beteiligt waren. Noch einmal griff Tardieu zu chirurgischen Maßnahmen: zwei Kabinettsmitglieder, der Unterstaatssekretär für schöne Künste, Lautier und der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, Falcoz, mußten abgesägt werden.

Diese Säuberungsaktionen vermochten aber nicht, Tardieu zu retten. Unter wahrlich schmählichen Umständen mußte der französische Ministerpräsident trotz seiner Gewandtheit einsehen, daß die Zeit für ihn gekommen sei, wo er sich etwas ausruhen müsse. Er hat demissioniert.

Den unmittelbaren Anlaß für seinen Sturz gab die letzte Abstimmung der französischen Kammer. Durch diese Abstimmung hat Tardieu das Vertrauen des Parlaments mit 303 gegen 14 Stimmen errungen. Das war eben des Guten zuviel. Er war an die Mehrheit von wenigen Stimmen gewöhnt. Der „verblüffende Sieg" kam infolge der Stimmenthaltung der Opposition zustande. Die Oppositionsparteien mit den Radikal-Sozialen und Sozialisten an der Spitze nahmen an der Abstimmung nicht teil, um dadurch die moralische Verurteilung der Regierung zu bekunden. Dieser Schlag saß. Die guten Sitten machten den Rücktritt Tardieus unvermeidlich.

So hat Frankreich seine seit langem erwartete Regierungskrise. Das Kabinett Tardieu hielt sich im Laufe seines Bestehens wie durch ein Wunder über Wasser. Mehrmals wurde ihm das Ende vorausgesagt. Dieses Ende kam wenige Stunden, nachdem Tardieu die feste Absicht ausgesprochen hatte, bis zum Jahre 1932, dem Jahre der Wahlen, durchzuhalten. Tardieu mußte gehen nicht aus politischen, sondern aus moralischen Gründen. Vielleicht aber deswegen, weil die Zeit Poincarés endgültig gekommen ist...

Tardieu nach seiner Niederlage

Paris, 5. Dezember. Das Kabinett Tardieu ist gestern abend vollzählig im Innenministerium zusammengetreten, um das Demissionsschreiben aufzusetzen. Tardieu zeigte sich beim Verlassen der Kammer keineswegs mißgestimmt. Er hat im Gegenteil die Miene seiner besten Tage und sagte jedem, der es hören wollte, in ironischem Tone: „Ein schöner Sturz. Warum macht Ihr so traurige Gesichter? Wir gehen gleich ins Elysee und dann schlafen!"

In den Wandelgängen der Kammer rechnet man allgemein damit, daß Poincaré als erster mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden, aber aus Gesundheitsrücksichten ablehnen wird. Man ist der festen Ueberzeugung, daß der zukünftige Ministerpräsident wieder Tardieu sein wird, umsomehr, als der Staatspräsident sich darauf berufen kann, daß Tardieu selbst im Oustric-Skandal in keiner Weise kompromittiert ist.

In wenigen Worten

Im Gotteslästerungsprozeß Groß wurde das Urteil gefällt. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird verworfen und das Urteil des Schöffengerichts Charlottenburg aufgehoben. Beide Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

*

In einem Holzschuppen eines Kommunistenführers in Wasserburg am Inn in Oberbayern wurden in einer Kiste verpackt vier Maschinengewehre mit allem Zubehör entdeckt und beschlagnahmt.

*

Der Präsident der amerikanischen Arbeitergewerkschaft, Green, erklärte, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten im Augenblick 4 860 000 betrage, bis zum Februar 1931 auf über 7 Millionen steigen werde.

Der Rücktritt Tardieus genehmigt

Paris, 5. Dezember. Das Gesamtkabinett Tardieu hat dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Rücktrit wurde genehmigt. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sollen bereits am Freitag vormittag aufgenommen werden.

Bredts Rücktritt sicher

Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei

Berlin, 5. Dez. Im Laufe des Donnerstagnachmittag wurde im Reichstag bekannt, daß aus den Reihen der Wirtschaftspartei heraus **ein förmliches Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning** eingebracht werden soll. Unterzeichnet war dieser Mißtrauensantrag von 18 Mitgliedern der wirtschaftsparteilichen Reichstagsfraktion, so daß fünf Namen fehlten, unter denen sich die des Reichsjustizministers Dr. Bredt und des Abg. Colosser befanden. Als dem Reichskanzler Mitteilung von dem bevorstehenden Mißtrauensvotum der Wirtschaftspartei gemacht wurde, beund der Technischen Hochschule hatten für Donnerstag in der Einvernehmen darüber bestand

daß angesichts dieser Tatsache ein längeres Verbleiben Dr. Bredts im Kabinett ausgeschlossen sei.

Der Reichskanzler wird deshalb bei der ersten Gelegenheit dem Reichspräsidenten die Annahme des Demissionsgesuches des Reichsjustizministers empfehlen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Bewilligung des Gesuches im Laufe des Samstag erfolgen wird.

Obwohl durch den Uebergang der Wirtschaftspartei in die Opposition die Basis für das Kabinett sehr schmal geworden ist, zumal auch die Landvolkpartei für die Aufhebungsanträge stimmen dürfte, rechnet man in Regierungskreisen doch mit einer knappen, aber sicheren Mehrheit von etwa 15 Stimmen.

Herabsetzung der Eisenbahnzeitkartenpreise

Berlin, 5. Dez. Mit Wirkung vom 1. Januar 1931 senkt die Reichsbahngesellschaft um 5 v. H. die Einheitssätze für Zeitkarten des allgemeinen Verkehrs, nach denen die Preise der Monatskarten, Schüler- und Teilmonatskarten, Arbeiter- und Kurzarbeiterwochenkarten berechnet werden. Die Zeitkarten des Berliner und Hamburger Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs werden durch die Neuregelung nicht berührt.

Ramsin-Prozeß

Die nichtöffentliche Sitzung.

Kowno, 5. Dez. Am Donnerstagmorgen fand in Moskau die angekündigte nichtöffentliche Sitzung des Obersten Gerichtes statt, von der auch die Presse ausgeschlossen war. An der Verhandlung nahmen auch Vertreter der OGPU. und des Kriegskommissariats teil, die als Sachverständige geladen waren. Das Gericht soll sich vor allem mit der Rolle der französischen Agenten „K." und „R." befaßt haben.

Weitere Mißhandlung Deutscher in Südslawien

Graz, 5. Dez. Vor einigen Monaten erregte die Mißhandlung der Deutschen Isolde Reiter in Südslawien allgemeine Entrüstung. Die südslawischen Behörden sahen sich daher veranlaßt, das Versprechen abzugeben, daß die weitere Mißhandlung von Angehörigen der deutschen Minderheit eingestellt werde. Insbesondere versprach dies der Innenminister.

Wie es scheint, sind jedoch die südslawischen Minister nicht in der Lage, ihre Versprechen gegenüber den Polizeibehörden durchzusetzen. Dies zeigt ein **Vorfall in Karawukovo** in der Wojwodina, der Mitte Oktober vor sich ging, aber jetzt erst bekannt wird. Die deutschen Bauern **Balthasar und Adam Lux, Felix Klotzbücher** und **Stephan Elbl** wurden von südslawischen Polizisten

auf das grausamste mißhandelt,

weil sie im Verdacht (!) standen, einem Straßenhändler eine Zigarettenspitze entwendet zu haben. Balthasar Lux wurde solange geohrfeigt und mit den Fäusten ins Gesicht geschlagen, bis ihm das Blut aus der Nase strömte. Klotzbücher wurde ebenfalls geohrfeigt und mit Kastrierung bedroht. Klotzbücher und Lux wurden nach diesen Mißhandlungen gezwungen, zu tanzen und zu pfeifen. Ein unbeteiligter Bauernbursche **Lorenz Himmelbach**, der von der Polizei ebenfalls verhaftet worden war, wurde unter Schlägen gezwungen, mitzutanzen und mitzupfeifen, in Arrest gesteckt und danach freigelassen. Elbl wurde nachts aus dem Bett geholt und im Hemd und Unterhose zur Polizei geschleppt. Adam Lux wurde an den Ohren gezogen und mit dem Gummiknüppel ins Gesicht geschlagen. Adam Lux und Elbl wurden sodann Rücken an Rücken in Ketten geschlossen und auf **die nackten Fußsohlen geprügelt.** Hierauf wurden die beiden gezwungen, auf den wundgeschlagenen bloßen Füßen zu tanzen. Gendarmen, die zusahen, faßten die beiden an den Haaren und schlugen ihre Köpfe zusammen. Ja, die Burschen wurden sogar von den Polizisten gezwungen, sich gegenseitig zu ohrfeigen. Schließlich mußten sie den Polizeiführer kniend anbeten und die Polizei für die Mißhandlungen um Entschuldigung bitten.

Diese Schilderungen, die von durchaus zuverlässiger Seite gemacht werden, **klingen so ungeheuerlich**, daß man zunächst einmal an ihrer Richtigkeit zweifeln möchte. Nach den Erfahrungen, die im Fall Isolde Reiter gemacht worden sind, ist aber kaum daran zu zweifeln, daß die obige Schilderung zutrifft. Wir fragen daher die südslawische Regierung, was sie gegen die ständige Mißhandlung von Angehörigen der deutschen Minderheit zu tun gedenkt? In Belgrad sollte man sich darüber klar sein, daß die ständige Mißhandlung Deutscher nachgerade dazu beiträgt, eine ernste Gefährdung **der deutsch-südslawischen Beziehungen heraufzubeschwören.**

Die polnische Regierungspresse zur deutschen Note

Warschau, 5. Dez. Die polnische Regierungspresse veröffentlicht eine gleichlautende offenbar halbamtliche Stellungnahme zur deutschen Note an den Völkerbund. Darin heißt es, die deutsche Note besitze alle Merkmale einer Propagandabroschüre, zumal sie sich auf noch nicht festgestellte Tatsachen stütze, sondern nur auf übereinstimmende Informationen der lokalen Minderheitspresse. Sämtliche Angaben der deutschen Note bezüglich der ungültig erklärten Stimmen werden als tendenziös und falsch bezeichnet. Die Beurteilung der Lage bei der Wahl in Oberschlesien durch die deutsche Note sei völlig irrtümlich. Aehnlich wie dies bereits der Wojewode Grazynski getan hat, wird die Hauptschuld für die oberschlesischen Vorfälle natürlich den Deutschen zur Last gelegt. Schuld hätten die polenfeindliche Kampagne gewisser Pastoren in Deutschland und der deutschen Presse, die Terrorakte gegen die polnische Minderheit in Deutschland, die polenfeindlichen Gesetzentwürfe im Reichstag sowie schließlich die unionale Haltung der deutschen Presse in Polen. Als besonders tendenziös wird in der polnischen Stellungnahme der Umstand hervorgehoben, daß in der deutschen Note der Fall von Golassowitz als Beweis eines Terrorakts gegen die deutsche Minderheit angeführt werde, obwohl in Golassowitz ein polnischen Polizeibeamter von einer deutschen Kampfabteilung ermordet worden sei.

Die Polizeiaktion in Jäschkowitz

Breslau, 5. Dez. Nach dem amtlichen Polizeibericht sind bei der Aktion in Jäschkowitz insgesamt

321 Personen festgenommen

und der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums vorgeführt worden. Gegen diese 321 Personen wird ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. Die Festgenommenen wurden bis auf vier Personen, die dem Amtsgericht zugeführt worden sind, im Laufe der späten Abend- und Nachtstunden wieder entlassen, da der Tatbestand ausreichend geklärt war. Bei den vier Personen handelt es sich um den Rittergutspächter von Oelsen, einen Angestellten seines Gutes und zwei Breslauer angebliche SA.-Leute. Unter den 321 Verhafteten sollen sich nach den Angaben der Polizei zwei Angehörige des Stahlhelms und drei Sturmführer der SA.-Abteilung befinden. Die Breslauer Kriminalpolizei behauptet nach wie vor, daß die 321 Verhafteten an einer Felddienstübung teilgenommen hätten.

Bei den Verhafteten befanden sich, wie heute noch einmal festgestellt wurde keine Waffen mehr als die Festnahme erfolgte. Nach der amtlichen Mitteilung der Polizei sind folgende Waffen beschlagnahmt worden: 3 Militärgewehre, 5 Karabiner, 2 Jagdgewehre, 3 Teschings, 21 Revolver und Pistolen, 80 Gewehrpatronen, 22 Seitengewehre, 36 Totschläger und Gummiknüppel, 3 Stielhandgranaten, 500 Stück Militärpatronen, 362 Stück Pistolen- und Revolvermunition, 55 Dolche und Seitengewehre sechs Schlagringe. Außerdem sind etwa 1000 Stahlhelme gefunden worden, die sorgfältig gelagert waren. Die Teilnehmer trugen Spaten, die teilweise angeschärft bzw. zur Säge hergerichtet waren. Auch wurde nach den Mitteilungen der Polizei Munition mit abgesägten Köpfen, sogenante Dum-Dum-Geschosse, gefunden.

Auf Grund der letzten Vorkommnisse schenkt die Polizei den Ansammlungen in der Stadt Breslau erhöhte Aufmerksamkeit. Nach einer Mitteilung der Polizei wurden bei dieser Gelegenheit 5 Angehörige des kommunistischen Kampfbundes bei einer Durchsuchung mit Waffen angetroffen. Es wurde gegen sie ein Strafverfahren eingeleitet, das bei der Staatsanwaltschaft schwebt.

Das Göbbels-Organ zu der Polizeiaktion bei Breslau.

Berlin, 5. Dez. Der nationalsozialistische „Angriff", das Organ Göbbels, befaßt sich in einer Breslauer Meldung mit der Polizeiaktion auf dem Gute Jäschkowitz und erklärt, man habe auf die Nationalsozialisten geschlagen, in Wirklichkeit aber ganz andere treffen wollen. Dem preußischen Innenminister Severing wird der Vorwurf gemacht, daß er gegen die letzten Reste deutscher Widerstandskraft verstoße, wobei auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht die geringste Rücksicht genommen werde. Wörtlich fährt das Blatt fort: „Wollen sich das diejenigen Reichsstellen, die es angeht, widerspruchslos gefallen lassen? Mehr zu sagen, verbietet uns im Augenblick das Allgemeininteresse. Sollte man die Sache aber weiter aufbauschen und etwa mit Parteiverboten gegen die NSDAP winken, so könnten wir sehr deutlich werden. Herr Severing weiß wohl, was wir meinen."

Die Lage in Chemnitz

Chemnitz, 5. Dez. Am Mittwoch spät abends rotteten sich Kommunisten an verschiedenen Stellen der Stadt zu Demonstrationen zusammen. Die Polizei griff überall energisch ein und mußte auch wiederholt vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Einige Personen wurden festgenommen. Der Notverkehr der Straßenbahn wurde morgens um 8 Uhr in ziemlich großem Umfange wieder aufgenommen. Die in auswärtigen Zeitungen enthaltenen Nachrichten über die Barrikadenkämpfe treffen nicht zu.

In den Verhandlungen zwischen Vertretern der Stadtverwaltung und dem Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe ist bis jetzt grundsätzlich festgelegt worden, daß die Arbeitswilligen, denen seinerzeit von der Straßenbahndirektion durch Verkürzung der Arbeitszeit gekündigt werden mußte, weiter beschäftigt werden. Die endgültige Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit den Gewerkschaften steht unmittelbar bevor. Die Straßenbahndirektion hat bekanntgegeben, daß eine Weiterbeschäftigung der am Streik mittelbar oder unmittelbar Beteiligten nicht mehr in Frage kommt.

Zu den Kommunistentumulten in Hamburg

Hamburg, 5. Dez. Zu den gestrigen Kommunistentumulten in der Umgebung des Groß-Neumarktes, wobei ein Polizeibeamter durch Messerstiche getötet und zwei andere schwer verletzt wurden, ist ergänzend zu melden, daß die Polizei für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 1000 RM ausgesetzt hat. Bei den beiden im Krankenhaus liegenden Beamten besteht keine unmittelbare Lebensgefahr.

Große Studentenkundgebung in München gegen den Polenterror

München, 5. Dez. Die Studentenschaften der Universität und der Technischen Hochschule hatten für Donnerstag in der Universität eine akademische Kundgebung gegen den polnischen Terror einberufen. Kurz vor Beginn der Feier wurde bekannt, daß dem Hauptredner, Professor Dr. Richard Graf Du Moulin-Eckhart seitens des Rektors gewisse Vorbehalte über den Inhalt der Rede gemacht worden seien, worauf dieser sich geweigert habe, zu sprechen. Ein großer Teil der Studentenschaft marschierte nach dieser Bekanntmachung in geschlossenem Zuge zur Technischen Hochschule, wo die Kundgebung mit Graf Du Moulin-Eckhart als Redner stattfand. Der Redner erklärte, man könne über die Vorgänge in Polen nicht sprechen, ohne die Schuld der deutschen politischen Parteien und der deutschen Regierung an der Entwicklung der Verhältnisse zu berühren. Er habe sich geweigert, diese Schuld zu verschweigen. Niemals zuvor habe ihm jemand Vorschriften gemacht über das, was er zu sagen oder zu verschweigen habe. Das sei ein Verstoß gegen die akademische Freiheit. Wer daran taste, rühre an Heiligtümer des deutschen Volkes und seiner Entwicklungsmöglichkeiten. Im Sinne der weiteren Ausführungen des Redners wurde zum Schluß eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß Polen sich mit der Billigung des Verhaltens der Aufständischen außerhalb der Kulturnationen gestellt habe.

Die Münchener Führertagung der NSDAP.

Berlin, 5. Dez. Vom Samstag bis Montag fand in München eine Tagung der politischen Gauleiter sowie der SA.-Führer der NSDAP unter der Leitung des Parteiführers Hitler statt. Wie von seiten der politischen Leitung der NSDAP mitgeteilt wird, habe entgegen der tendenziösen Darstellung eines Teiles der Presse volle Einmütigkeit über die Zusammenarbeit zwischen der SA.-Führung und der politischen Leitung geherrscht. Es seien Richtlinien vereinbart worden, um diese Zusammenarbeit organisatorisch auszubauen und zu vertiefen.

Kleine vermischte Nachrichten

Die englische Fliegerin Spooner abgestürzt.

Rom, 5. Dez. Die englische Fliegerin Spooner, die mit ihrem Eindecker einen neuen Rekordflug von London nach Kapstadt unternehmen wollte, ist auf dem Weiterflug von Rom, wo sie am Mittwoch gelandet war, bei Belmonte di Calabro über dem Meer abgestürzt. Die Fliegerin konnte sich durch Schwimmen retten. Sie hat nur leichte Verletzungen im Gesicht davongetragen. Ihr Begleiter Edwards sowie das Flugzeug, das sich auf dem Wasser hielt, konnten geborgen werden.

Erdbeben in Burma.

London, 5. Dezember. Ein heftiges Erdbeben forderte in Pyu (Burma) 22 Tote und 90 Verletzte, doch dürften noch weitere Opfer hinzukommen, da durch die Unterbrechung der telegraphischen und sonstigen Verbindungen noch keine Nachrichten aus anderen Gebieten vorliegen.

In der Stadt Taungu hat das Erdbeben großen Schaden angerichtet. Mehrere große Gebäude sind eingestürzt. Infolge der Beschädigung des Schienenkörpers entgleisten mehrere Güterwagen. Viele Hunderte von Personen sind obdachlos.

Explosion eines Tankautos.
Drei Tote, ein Verletzter.

Stockholm, 5. Dez. Bei Fittja in der Nähe von Stockholm ereignete sich am Donnerstagmittag ein eigenartiges schweres Unglück. Ein Tankauto mit 3000 Liter Benzin geriet ins Schleudern und stürzte ab. Der Benzinbehälter barst und explodierte. Der Fahrer und sein Begleiter wurden sofort getötet. Eine benachbarte Villa war in wenigen Sekunden ein Flammenmeer. Die Bewohner stürzten sich zum Fenster hinaus, wobei eine Person verletzt wurde. Ein zwei Monate altes Kind konnte von der Mutter nicht mehr gerettet werden und kam in den Flammen um. Auch mehrere andere Häuser wurden in Brand gesetzt. Erst als Löschzüge aus Stockholm eintrafen, konnte das Feuer lokalisiert und die ernstlich bedrohte Ortschaft gerettet werden. Der staatliche Brennstoff-Ingenieur bezeichnet die Explosion des Tankwagens als das erste Unglück dieser Art in Schweden und wahrscheinlich in ganz Europa.

Riesiger Oelbrand im Newyorker Hafen.

Berlin, 5. Dez. Die „B. Z." meldet aus Newyork: In dem großen Oellager, das die Standard Oil Company in Brooklyn-Newyork unterhält, explodierte aus unbekannter Ursache um Mitternacht ein großer 10 000 Gallonen Rohöl fassender Tank. Das Feuer brachte 7 weitere Oeltanks und acht Terpentintanks zur Explosion.

Die Feuerwehr konnte wegen der Hitze- und Rauchentwicklung nichts tun, als die übrigen Tanks zu schützen. Das brennende Oel breitete sich sofort auf den East-River aus, wo zwei Oeltanks und ein Feuerlöschboot von den Flammen ergriffen wurden. Menschenopfer sind bisher nicht zu beklagen. Der Gastank der Brooklyner Gasanstalt ist explodiert. Schutzleute räumen die in der Nähe befindlichen Wohnungen.

In den ersten Morgenstunden brachte das Oelfeuer eine große Destillierungsanlage, die 50 000 Gallonen Rohöl enthielt, ebenfalls zur Explosion. Mehrere Feuerwehrleute wurden durch das herabfallende Mauerwerk verletzt. Sämtliche Feuerwehren von Newyork sind aufgeboten.

„Der gläserne Berg"

Roman von Felix Neumann.

(Nachdruck verboten.)

25)

Nun lachte er: „Sie sehen, ich gerate ganz aus dem Gleichgewicht. Daran sind nur Sie schuld! Geben Sie mir nur ein bißchen Hoffnung für die Zukunft, und — ich werde wieder ganz ruhig und vernünftig — — —"

Der Ingenieur zerbröckelte das unglückliche Brötchen zwischen seinen Fingern in tausend Krümel.

Er war sichtlich nervös.

Emmi schwankte, was sie antworten solle.

Sie rang sich als Waise schwer durchs Dasein, weil sie noch einen jüngeren Bruder unterstützte, der siebzehnjährig eben den ersten Schritt ins Erwerbsleben getan hatte und noch nicht auf eigenen Füßen stand.

Hartog, ein großgewachsener Mann von gutem Aussehen, war zwar nicht ganz ihr Geschmack, weil ihm das tief Geistige fehlte, das sie so liebte. Er war aber auch keine schlechte Partie.

Wie schwer hatten es in Deutschland die Mädchen, wenn es sich um das Heiratsproblem handelte.

Man mußte als Unbemittelte zufrieden sein, wenn sich ein Mann in leidlicher Stellung fand.

Ihr Gedanke glitt zu Erich Münster.

Diese Hoffnung, die sie vorübergehend nährte, mußte sie wohl aus dem Herzen reißen.

Warum unerfüllbaren Phantomen nachjagen. Dieser geniale Ingenieur, der in den besten Häusern der Stadt verkehrte, konnte jederzeit ein reiches und hübsches Mädchen heimführen, wenn er wollte.

Was sie an ihrem Verehrer vermißte, war das Sympathische. Hartog war ihr zu sehr Schwadroneur. Er markierte den „beau", den schönen Mann.

Im Grunde genommen aber war er wohl harmlos. Wer wurde heutzutage aus den Menschen klug? Sie blickte vor sich nieder, während der Nachbar mit Spannung in ihren Zügen forschte.

„Seien Sie nicht so grausam, Fräulein Emmi —"

Und der Verdacht, den sie wegen des Oelschaltergeheimnisses hegte? Er stand auf schwankenden Füßen.

Es war diesem an sich korrekten Menschen wohl kaum zuzutrauen, daß er aus Ehrgeiz oder sonstigen Motiven einen Diebstahl beging.

So sagte sie zögernd: „Wir kennen uns doch noch viel zu wenig, als daß Sie von mir ein schlichtes ‚Ja' verlangen könnten!"

Er begehrte auf: „Na — wir arbeiten doch schon eine ganze Weile in derselben Abteilung?"

Er zählte an den Fingern: „Wie lange ist es her, daß ich von drüben, der Zentrale, hierher versetzt wurde? Fast zwei Monate — — —"

Emmi rüstete sich zum Gehen.

Ein Blick auf die Uhr belehrte sie, daß es später geworden war, als sie ursprünglich zu bleiben beabsichtigte.

„Es wird Zeit für mich, Herr Hartog. Lassen Sie sich nicht stören. Sie trinken wohl noch irgendwo Ihren Kaffee und bummeln ein wenig, ehe sie in die Arme des Dienstes zurückkehren!"

Er winkte dem Ober und zahlte. Auffällig, so daß sie es sehen konnte, schob er dem Mann ein ansehnliches Trinkgeld zu.

„Ich hatte mir den Verlauf dieses Mittags eigentlich etwas anders gedacht. Schade — wirklich schade! Aber ich hoffe, daß die Brücken noch nicht abgebrochen sind und ich noch einmal auf die Sache zurückkommen darf, denn sie ist mir bitter ernst!"

Sie reichte ihm freundlich die Hand.

„Mir ist das so überraschend gekommen. Ihr Antrag ehrt mich, aber geben Sie mir Zeit!"

Er begleitete sie auf die Straße und winkte einem Auto.

„Ach — lassen Sie das —! Ich fahre mit der Straßenbahn!"

Aber er ließ nicht locker, bis sie im Wagen saß. Dann drückte er dem Chauffeur einen Taler in die Hand und verabschiedete sich.

Frühzeitig kam auch Erich zurück. Nachdem er zu Hause vergeblich forschte, ließ ihm das rätselhafte Verschwinden keine Ruhe.

Gemeinsam mit Emmi durchsuchte er nochmals alle Winkel, aber ihr Bemühen blieb ergebnislos.

Und Fräulein von der Halden fragte: „Haben Sie gar keinen Verdacht?"

Er schüttelte den Kopf.

„Ich begehe immer noch den Fehler, die Menschen zu gut einzuschätzen. Wer weiß, wer da seine Hand im Spiel hat. Nun handelt es sich nur noch darum, zu entscheiden, ob ich Anzeige erstatte oder nicht."

Emmi trat vor ihn hin.

„Ich glaube, Herr Doktor, es ist besser, Sie benachrichtigen die Leitung. Man — man könnte Ihnen sonst vielleicht den Vorwurf machen, daß Sie — etwas versäumt hätten!"

Münster betrachtete das junge Mädchen, das sichtlich bewegt durch das Vorkommnis zu sein schien.

„Sie nehmen regen Anteil, Fräulein von der Halden. Das ist nett von Ihnen. Vielleicht haben Sie recht, obgleich ich das Herumstöbern in einem Sumpf nicht liebe. Allzuviel Freude dürfte der Dieb an seinem Raub nicht erleben, denn der Schlußstein fehlt ihm. Immerhin gibt das Material wertvolle Aufschlüsse. Ja — ich werde der Werkleitung streng vertraulich Kenntnis geben."

Gegen Abend meldete man ihm, daß Herr v. Lenner in seinem Arbeitszimmer sei.

Freundlich und gemessen empfing ihn der Generaldirektor.

„Ich hörte vom Herrn Geheimrat, daß Sie spätestens im Herbst ebenfalls nach der Krim gehen wollen. Dieses Zugeständnis freut mich. Sie wissen ja, welchen Wert ich darauf lege, Sie dort in verantwortungsvoller Stellung tätig zu sehen."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dietrich kann auf die erhöhte Tabaksteuer nicht verzichten

Wie aus Berlin berichtet wird, hat Reichsfinanzminister Dr. Dietrich an das badische Tabakgewerbe ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Sie haben an mich das Ansinnen gestellt, auf die Tabaksteuervorlage nach Möglichkeit zu verzichten. Zu meinem Bedauern war ich dazu nicht in der Lage. Untersucht man die vorhandenen indirekten Steuern darauf hin, was diese allenfalls noch abgeben können, so bleibt nur noch der Tabak. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß auch dieser nicht mehr viel vertragen kann, und ich kenne die Gefahr, die darin besteht, wenn die Zigarre gegenüber der Zigarette belastet wird. Auf der anderen Seite ist nachgerade auch bei der Zigarette Vorsicht geboten, denn sie ist jetzt mit mehr als 52 Prozent des Kleinverkaufspreises belastet. Sie ist das beste Steuerobjekt, das wir haben und ich möchte nicht durch eine Ueberspannung ihrer Belastung die Gefahr hervorrufen, daß die Erträge aus der Zigarettensteuer sinken. Schließlich kommt hier noch ein wichtiges außerpolitisches Moment hinzu. Wir können die Reparationsfrage nur aufrollen, sofern wir den Nachweis erbringen, daß wir unser Volk indirekt ebenso belastet haben wie die Ententestaaten. Die Hauptschwierigkeit in der Zigarrenindustrie liegt in der Bezahlung des Zolls. Um diese zu ermöglichen, soll die Frist von drei auf sechs Monate verlängert werden. Auch die Nachverzollung soll in Raten erfolgen. Ich glaube alles versucht zu haben, um die Gefahren von der Zigarrenindustrie abzulenken.

*

Ueberblickt man heute die Verhältnisse in der badischen Tabakindustrie, so ist festzustellen, daß sämtliche Zigarrenarbeiter in der Woche vor oder nach Weihnachten brotlos werden.

In Baden werden rund 130 000 Personen von der Kündigung betroffen.

Auch im Schwetzinger Bezirk sind schon in mehreren Betrieben Kündigungen zu den genannten Terminen erfolgt oder werden in den nächsten Tagen erfolgen. So wird beispielsweise die größte Schwetzinger Zigarrenfabrik, die Firma August Neuhaus u. Co., ihre Filialbetriebe am 24., den Schwetzinger Hauptbetrieb am 31. Dezember schließen. — Die Brettener Zigarrenfabrik M. Eichtersheimer, welche jahrelang ohne Einschränkung fast 500 Arbeiter in Bretten und in ihren Filialen beschäftigt hat, will ihre Betriebe ab 1. Januar 1931 stillegen.

Vor der Stillegung der oberbadischen Zigarrenfabriken.
Etwa 15 000 Arbeiter werden betroffen.

Lahr, 5. Dez. Der Verband Oberbadischer Zigarrenfabrikanten schreibt: Infolge der vorgestern veröffentlichten Notverordnung, in der das Gesetz zur Abänderung des Tabaksteuergesetzes enthalten ist, und der darin enthaltenen von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen — wie Nachverzollung der unversteuerten Zigarren und insbesondere die Herabsetzung des Banderolenbezugs im Dezember d. J. — wodurch eine Unterbindung des Verkaufs im Dezember und insbesondere des Weihnachtsgeschäfts eintritt, sieht sich die Mehrzahl der oberbadischen Zigarrenfabrikanten genötigt, ihre Betriebe unter Bezugnahme auf den Härteparagraphen der Stillegungsverordnung (bei Eintritt unvorhergesehener Ereignisse) sofort zu schließen. Mit den zuständigen Behörden wurden heute schon die Verhandlungen aufgenommen. Von der Stillegung werden betroffen etwa 162 Betriebe mit etwa 13 500 bis 15 000 Arbeitern.

Die Zigarrenfabrik Emil Vollmer, Lörrach-Müllheim, hat ihren sämtlichen Angestellten und Arbeitern, insgesamt 300 Personen, gekündigt. Es soll die Absicht bestehen, sowohl den Lörracher als auch den Müllheimer Betrieb völlig stillzulegen.

Rauenberg, 5. Dez. (Die Kündigungen in der Tabakindustrie.) Die Zigarrenfabrik J. P. **Landfried, Heidelberg**, die z. Zt. noch mit Ueberstunden arbeiten läßt, hat ihren 800 Arbeitern, die in den Filialen Rauenberg, Tielheim und Mühlhausen arbeiten, auf den 13. Dezember fest gekündigt. Es steht ziemlich fest, daß bis zum 1. Januar auch fast sämtliche Zigarrenfabriken Unterbadens stillgelegt werden müssen.

Owen D. Young über die Revisionsfrage

Newyork, 5. Dez. Im Lotos-Klub hielt Owen D. Young am Mittwochabend eine Rede, die hier großes Aufsehen erregt. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß der wichtigste Faktor der gegenwärtigen Weltkrise die politische Unsicherheit sei, die die wirtschaftlichen Kräfte lahmlegt. Die Aussöhnung zwischen Politik und Wirtschaft stelle die brennendste und schwierigste Frage dar, die unbedingt eine Lösung erfordere. Owen D. Young verwies in diesem Zusammenhang auf die Bestrebungen in Europa, den politischen Parlamenten wirtschaftliche zur Seite zu stellen oder den Parlamentarismus für gewisse Zeit völlig auszuschalten. Stabilität und Sicherheit sei auch auf dem Gebiete der Schulden und Reparationen von entscheidender Bedeutung. Es sei durchaus verständlich, daß der Schuldner in Zeiten sinkender Warenpreise eine Herabsetzung der Schuld fordere. Der Schuldner könne aber nicht erwarten, daß die Schuld herabgesetzt werde, bevor der Gläubiger von der Zahlungsunfähigkeit überzeugt sei. Das weitere müsse man dem Gläubiger überlassen. Amerika sollte nicht hartherzig sein. Den großen Nationen gezieme es, bei der Behandlung solcher Fragen Großzügigkeit, Weitblick und sympathisches Verständnis zu zeigen. Owen D. Young lehnte es ausdrücklich ab, sich über die Höhe der Schuldverpflichtungen und die Frage der Zahlungsfähigkeit zu äußern, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß Amerika im entscheidenden Augenblick nicht versage, wenn diese Fragen durch den Zwang der Ereignisse erneut zur Aussprache gestellt werden. Es dürfe nicht die Tatsache übersehen werden, daß die Weltmeinung mit überwältigendem Nachdruck eine vernünftige Regelung fordere. Verhängnisvoll würde es sein, wenn man diese Fragen erneut einer politischen Kontrolle unterstellen wollte.

Aus Baden und Nachbarstaaten

Mannheim, 5. Dez. (Handelskammerpräsident Lenel zum Doktor h. c. ernannt.) Der Senat der Handelshochschule Mannheim hat Handelskammerpräsident Richard Lenel die Würde eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber verliehen und damit zum ersten Male von dem Recht der Ehrenpromotion Gebrauch gemacht. Die Ehrung ist erfolgt, weil — wie es in der Promotionsurkunde heißt — Präsident Lenel in selbstloser Mitarbeit am Aufbau der Handelshochschule auf Grund seiner reichen Lebenserfahrung die Fragen der Wirtschaftswissenschaften in hervorragender Weise gefördert hat.

Heidelberg, 5. Dez. (Den Verletzungen erlegen.) Der 21 Jahre alte Wilhelm Reiser aus Rohrbach, der am Montag beim Aufspringen auf die Straßenbahn zu Fall kam und überfahren wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. — (Bürgerliche Einigung wegen der Stadtratswahlen.) Wie das „H. T." meldet, ist es zwischen den bürgerlichen Parteien auf dem Rathaus wegen der Stadtratswahlen zu einer Einigung gekommen. Es erhalten demnach Sitze: Zentrum 2, Deutsche Volkspartei, Deutsche Staatspartei, Bürgerbund und Evangelischer Volksdienst je 1, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten werden ihre Stimmen voll auf und geben keine Reststimmen an andere Gruppen ab.

Langenzell, bei Heidelberg, 5. Dez. (Vom Auto erfaßt und überfahren.) Auf der Landstraße zwischen Lobenfeld und Langenzell erfaßte ein aus Richtung Heidelberg kommendes Personenauto den mehrere Ochsengespanne mit Zuckerrüben begleitenden Aufseher der hiesigen Gutsverwaltung. Der Mann wurde unter das Auto geschleudert und überfahren. In schwer verletztem Zustande wurde er in die Klinik nach Heidelberg verbracht.

Weinheim, 5. Dez. (Kameradschaftstreffen.) Gelegentlich einer Zusammenkunft der ehemaligen 143er aus den Bezirken Heidelberg und Weinheim wurde beschlossen, alljährlich abwechselnd in Heidelberg und Weinheim Kameradschaftstreffen abzuhalten, um dadurch das Band alter treuer Freundschaft unter den 142ern immer enger zu gestalten.

Bretten, 5. Dez. (Für den Bahnbau Bretten—Kürnbach.) Im württembergischen Landtag wurde eine kleine Anfrage eingebracht, die die Weiterführung des Bahnbaues Bretten—Kürnbach zum Gegenstand hat. Darin wird u. a. gesagt: Der Bahnkörper von Bretten bis Derdingen ist schon seit Jahren fertiggestellt; auf den Gemarkungen Bretten und Knittlingen sind alle Kunstbauten ausgeführt, auch sind die Bahnhofsgebäude schon errichtet.

Pforzheim, 5. Dez. (An einem Tag zwei Selbstmorde.) Mittwoch mittag hat sich ein etwa 60 Jahre alter Witwer in seiner Wohnung vergiftet. Später fand man im Stadtteil Dill-Weißenstein in einem Holzschuppen einen 40 Jahre alten Fasser erhängt auf. Er hinterläßt Frau und ein Kind. Die Ursache der Tat ist bis jetzt nicht bekannt.

Konstanz, 5. Dez. Bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstandes erhielt das Zentrum vier Sozialdemokraten und Nationalsozialisten je einen Einheitsliste (DN. und DV.) einen Sitz. Die übrigen Parteien (Staatspartei, Kommunisten und Wirtschaftspartei, die ebenfalls Wahlvorschläge eingereicht hatten, gingen leer aus.

Weingarten (Pfalz), 5. Dez. (Schwerer Autounfall eines Mannheimers.) In der Nähe des Dorfes geriet ein Mannheimer Personenauto in den Straßengraben. Der Wagen hatte zuvor einen Kilometerstein umgerissen und sich dann im Graben zweimal überschlagen. Der Lenker kam mit heiler Haut davon, während das Auto vollständig zerstört wurde.

*

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Heidelberg eine Vorstandssitzung ab, wobei die **Errichtung einer überörtlichen** selbständigen und von den einzelnen Städten unabhängigen **Revisionsstelle** eingehend beraten wurde. Diese Einrichtung soll für diejenigen Städte, welche örtliche Sachverständige in der Form von Berufsbeamten nicht haben, an deren Stelle treten, im übrigen zu deren Ergänzung dienen. Die Revisionsstelle soll in betriebswirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Fragen für die Städte gleichzeitig als Beratungsstelle tätig werden. Die Einschaltung des staatlichen Rechnungshofes für die Prüfung der städtischen Rechnungen muß aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen nachdrücklichst abgelehnt werden.

Des weiteren beschäftigte sich der Vorstand mit der **Preissenkungsaktion**, wobei den Städten nahegelegt wurde, die Bestrebungen der Regierung in jeder möglichen Weise zu unterstützen.

Die **Gewährung allgemeiner zusätzlicher Beihilfen an Fürsorgeempfänger** ohne Prüfung der Bedürftigkeit im Einzelfalle ist in den reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Fürsorgewesen als unzulässig erklärt. Die Städte müssen sich daher derartigen Anträgen gegenüber ablehnend verhalten.

Während nach den früheren Vorschriften die Krisenunterstützung auch solche Arbeitslose erhalten konnten, welche die Anwartschaft auf die Alu noch nicht erfüllt, aber wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hatten, sind diese arbeitslosen Personen nunmehr durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers von dem Bezug der Kru ausgeschlossen worden. Der Städteverband hat entsprechende Schritte eingeleitet, daß diese ungesetzliche Vorschrift der Reichsregierung wieder aufgehoben wird.

Die **Elektrifizierung der badischen Durchgangsbahnen**, für die sich neuerdings der Badische Verkehrsverband in einer längeren Denkschrift eingesetzt hat, sollte mit allen Mitteln beschleunigt werden.

Als **Vorsitzender** des Badischen Städteverbandes wurde Oberbürgermeister Dr. Finter und als sein Stellvertreter Oberbürgermeister Gündert wieder einstimmig gewählt.

*

Neueinschätzung der Gebäude zur Gebäudeversicherung

Ueber die Bedeutung der allgemeinen Nachprüfung aller Gebäude des Landes zur Feuerversicherung, welche die Gebäudeversicherungsanstalt seit dem Herbst des Jahres 1928 wieder aufgenommen hat, bestehen in den Kreisen der Gemeinden und der Gebäudeeigentümer vielfach unrichtige Vorstellungen. Schon das Gebäudeversicherungsgesetz vom Jahre 1840 hat eine allgemeine Nachprüfung aller Gebäudewerte innerhalb bestimmter Zeiträume vorgesehen, um die Versicherungswerte der Gebäude den innerhalb solcher Zeiträume erfassungsgemäß eintretenden Wertsteigerungen oder Wertverminderungen anzupassen. Bis zu dem Jahre 1917 war ständig eine größere Zahl von Einschätzungskommissionen tätig, wegen der Kriegsverhältnisse sind die allgemeinen Nachprüfungen im Jahre 1917 eingestellt worden. Zur Beseitigung des durch den Krieg und seine Nachwirkungen im besonderen Maße verursachten Mißverhältnisses zwischen Versicherungssumme und Bauwert sind durch Gesetz vom Jahre 1920 die Neubaukosten und die Versicherungssummen sämtlicher Gebäude des Landes aufgrund der Baupreise vom 1. 8. 1914 nach einem vereinfachten Verfahren in der Weise neu festgesetzt worden, daß sie je nach der Zeit, in welcher die letzten Einschätzungen erfolgten, um 10—50 v. H. erhöht wurden. Diese Neufestsetzung der Neubaukosten und Versicherungssummen war indessen nur eine schematische und rein buchmäßige, konnte auch nicht mehr sein, da sie in kürzester Zeit durchzuführen war. Umso dringender wurde im Laufe der Folgezeit die Wiederaufnahme der allgemeinen Nachprüfung mit Einzelschätzung eines jeden versicherten Gebäudes, da die Baukosten nicht in allen Orten gleichmäßig gestiegen sind und die durch Alter und Abnützung entstehende Wertminderung bei den einzelnen Gebäuden je nach Gebrauch und Unterhaltung verschieden ist. Mit der wieder aufgenommenen allgemeinen Nachprüfung sollen nun keineswegs allgemein die Versicherungssummen herabgesetzt werden, es soll vielmehr lediglich das zum Teil in größerem Maße bestehende Mißverhältnis zwischen Versicherungssumme und Bauwert der einzelnen Gebäude, die zum Teil seit Jahrzehnten keiner Nachprüfung mehr unterlagen, durch Einzelschätzung beseitigt werden. Die Beseitigung dieses Mißverhältnisses wird allerdings bei der mancherorts bestehenden Ueberversicherung der Eindämmung der in einer solchen Ueberversicherung liegenden subjektiven Brandgefahr dienen.

Die allgemeine Nachprüfung wird von einer aus drei Sachverständigen bestehenden Kommission vorgenommen, zu der die Gebäudeversicherungsanstalt das Bezirksamt und die betreffende Gemeinde je einen ernennen. Nach gesetzlichen Vorschriften trägt die Gebäudeversicherungsanstalt die Kosten für zwei Sachverständige, die Gemeinde diejenigen des von ihr bestellten Sachverständigen.

Das Arbeitslosenproblem vor dem Haushaltsausschuß des Bad. Landtags

Karlsruhe, 4. Dez. Der Haushaltsausschuß begann am Donnerstag seine Arbeit mit der Beratung einer großen Zahl von Anträgen der Kommunisten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Berichterstatter teilte mit, daß nach dem derzeitigen Bestand bei den verschiedenen Zweigen der sozialen Fürsorge 147 000 Rentenempfänger mit 178 000 Unterhaltungsberechtigten vorhanden wären. Ueber die Finanzlage des Staates teilte die Regierung mit, daß der durch die Mindereinnahmen entstehende Ausfall mehrere Millionen Mark betragen würde, der auch durch die Gehaltskürzung keine ausreichende Deckung finden würde. Es sei auch bisher nicht möglich gewesen, die schwebende Schuld zu verringern, so daß weitere Ausgaben nicht verantwortet werden könnten. Mangels nötiger Mittel müßte die Regierung die gestellten Anträge ablehnen.

Mit zur Beratung stand auch ein Antrag des Ev. Volksdienstes, der von der Regierung verlangt, daß die badischen Arbeitslosen möglichst weitgehend bei der Kultivierung ödliegender Gebiete Deutschlands beschäftigt werden sollten mit dem Ziele, die kultivierten Flächen späterhin zu einem möglichst billigen Preis in das Eigentum dieser Arbeitslosen überzuführen.

An die Erörterung der Fragen der Arbeitslosigkeit schloß sich eine politische Aussprache, in der es zum Teil zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien, der Nationalsozialisten und den Sozialdemokraten kam. Der nationalsoz. Vertreter bezeichnete die Anträge der Kommunisten als Unsinn. Ein Redner des Zentrums meinte, dieselbe Bezeichnung könnte auch auf die Anträge der Nationalsozialisten angewendet werden. Von volksparteilicher Seite wurde darauf hingewiesen, daß man die Vertreter der neuen Parteien hier in den Ausschüssen zu einer Stellungnahme zu praktischen politischen Fragen veranlassen müßte. Ein Redner der Staatspartei betonte, daß die Ziele der Nationalsozialisten nur durch eine lang anhaltende Diktatur erreicht und erhalten werden könnten. Von wirtschaftsparteilicher Seite wurde der Standpunkt vertreten, daß man die neuen Parteien, vor allen Dingen auch die Nationalsozialisten, zu praktischer Arbeit heranziehen müsse, dann würde sich sehr rasch zeigen, daß die Nationalsozialisten kein brauchbares Programm hätten, bzw. daß ein großer Teil ihrer Anhänger mit dem nationalsozialistischen Programm nicht einverstanden wären.

In der Nachmittagssitzung behandelte der Ausschuß die vom Staate der Bleag gewährte Bürgschaft in Höhe von 100 000 Mark. Der Regierungsvertreter machte eingehende Mitteilungen über die Möglichkeit der Sanierung der Bleag, ein über die vorgesehene Summe hinausgehender Betrag für die Bleag müsse aber abgelehnt werden. Um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die nötigen Unterlagen sich zu verschaffen, wurde die Abstimmung vertagt.

Darauf erfolgte die Abstimmung über die kommunistischen Anträge. Diese wurden, da sie dutzende von Millionen kosten würden, mit allen Stimmen gegen die des kommunistischen Vertreters abgelehnt. — Eine lebhafte Aussprache entspann sich noch über die von verschiedener Seite beantragte Einführung eines Meldezwanges für freie Stellen bei den Arbeitsämtern. Die Mehrheit des Ausschusses beschloß diese Einführung für Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern bei der Reichsregierung zu beantragen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ganz besonders
vorteilhaftes Angebot
in
Waschsamt
sowie Fabrikreste
aller Art, weit unter Preis
J. H. Weber, Ettlingen

Aus Ettlingen-Stadt und Land

Nikolaustag

Am Samstag ist Nikolaustag! Lebhaft schlagen die Kinderherzen diesem Tag entgegen. Ist er doch umflossen von weihnachtlichem Glanz und Schimmer. Die Gestalt des langen und weißbärtigen St. Nikolaus, mit seinem Gabensack und mit der Rute, ist ja von altersher mit der Erscheinung des Christkindes eng verbunden. St Nikolaus ist gleichsam der **Vorbote des Weihnachtsfestes.** Es gibt Bilder von ihm, da sieht man, wie er mit dem Christkindchen durch die Lande zieht. In seinem großen aufgepackten Gabensack hat er wunderbare Spielsachen, hat er leckeres Backwerk und Nüsse und Zuckerdinge, das alles bringt er den braven Kindern am Nikolaustag ins Haus. Für die bösen Kinder jedoch trägt er die Rute mit sich. Wohlweislich erkundigt sich der Nikolaus bei seinem Eintritt ins Haus zuvor, ob die Kinder auch alle recht brav waren und den Eltern immer folgsam gewesen sind. Wo ihm Tadel berichtet werden müssen, zeigt sich der Nikolaus freilich ungehalten. Er gibt Ermahnungen und fuchtelt auch mit der Rute, vielleicht sind da und dort auch wirklich einige Hiebe notwendig. Aber der Nikolaus ist in der Regel doch ein gütiger freundlicher Alter, der lieber schenkt als straft und als solche Erscheinung soll er unserer Kinderwelt vornehmlich gezeigt werden.

Der Brauch, am Nikolaustag den Kindern diese wohlvertraute Gestalt des Nikolaus vorzuführen, ist alt und weit verbreitet, besonders in Süddeutschland und in Oesterreich. Die Lust am Mummenschanz und am Spiel hat viel dabei mitgewirkt. Der heilige Nikolaus selbst war der Sage nach ein frommer Bischof, der in der Stille den Armen viel Gutes erwies. Das Andenken an diese Güte lebt weiter in dem schönen Brauch, den Kindern am Nikolaustag eine kleine Freude zu bereiten. Denn sie wissen auch: war erst einmal der Nikolaustag, dann ist Weihnachten auch nicht mehr so weit.

*

Gendarmeriebericht für Monat November 1930.

Zur Anzeige gelangten: wegen Meineid 7, Beleidigung 1, Körperverletzung 4, Diebstahl 18, Unterschlagung 7, Betrug 10, Urkundenfälschung 2, Jagdvergehen 2, Brandstiftung 2, Kraftfahrzeug-Steuerhinterziehung 6, sonstige Vergehen 2 Personen.

Verhaftet wurde wegen Brandstiftung 1 Person.

Zur Anzeige gelangten ferner: wegen Ordnungspolizei 4, Sittenpolizei 1, Gesundheitspolizei 2, Feuerpolizei 5, Baupolizei 11, Straßenpolizei 115, Gewerbepolizei 2, Jagdpolizei 1 Personen. — Betätigt wurden ferner 1 Unfall und 4 Brandfälle. Außerdem wurden 14 zum Aufenthalt ausgeschriebene Personen ermittelt. — Verhaftet wurden wegen Ordnungspolizei 8 Personen.

≡ **Verhaftet** wurde gestern abend 5 Uhr ein hiesiger Landwirt wegen Verbrechens der Blutschande an seinem 11jährigen Töchterchen. Der Mann hat bereits zwei längere Vorstrafen für das gleiche und ein ähnliches Vergehen abgebüßt.

≡ **Filmschau.** Die Union-Lichtspiele bringen ab heute den besten Douglas Fairbanks-Film, betitelt „Der Mann mit der Peitsche". Dieser Film, der in acht gewaltigen Akten abrollt, ist dramatisch, schwungvoll und entschieden hervorragend sehenswert. Der Film gibt ihm selbst Gelegenheit, seine fabelhaften Kunststücke zu zeigen, mit hinreißendem Tempo zu kämpfen und zu lieben. Die Ausstattung ist üppig und malerisch, die Liebesgeschichte ist entzückend. Es ist dies ein Millionenfilm größten Ausmaßes, den niemand versäumen darf. Dazu das reichhaltige, lustige Beiprogramm. Sonntag nachmittag 3 Uhr große Schülervorstellung mit Douglas Fairbanks.

≡ **Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Bezirksverein Ettlingen.** Der große Film „Mahnruf der Kriegsopfer" läuft am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Ettlingen in der Städtischen Festhalle. In allen größeren Städten Deutschlands schon aufgeführt, hat derselbe überall die beste Kritik erfahren. Was zeigt uns dieser Film? Er führt uns über schöne Rheinbilder über die Grenzen zu dem mörderischen Toben des Krieges, als dessen Ergebnis dann in erbarmungsloser Eindringlichkeit verstümmelte Menschen gezeigt werden. Dieses wahnwitzige Morden zwang im Jahre 1917 direkt dazu, eine Organisation zu schaffen, die all denen hilfreich zur Seite stehen sollte, die der Krieg um Körperteile beraubt oder innere unheilbare Schäden verursacht hatte. Er zeigt uns in sehr instruktiven Bildern und reichem Zahlenmaterial die traurigen Folgen eines mit allen Mitteln einer nur auf Vernichtung gerichteten Technik geführten mörderischen Völkerringens. Aber auch die Arbeit des Reichsbundes wird auf der Leinwand wiedergegeben, und alle, die den Bundestag in Mainz miterlebt haben, werden viele Bilder sehen von der Tagung in Mainz, wo über 20 000 Kriegsopfer beisammen waren. Der Film wird durch eigens dazu einstudierte Musik begleitet werden, und unser Gauleiter, Kamerad Marquardt, ist als Referent vorgesehen. — In Karlsruhe waren zur Uraufführung die gesamte Presse und staatliche und städtische Vertreter erschienen, die sich sehr lobend über dieses Filmwerk ausgesprochen haben, weshalb an alle Kriegsopfer in Stadt und Bezirk Ettlingen, sowie an die übrige Bevölkerung die Einladung ergeht, sich den Film anzusehen. Als Unkostenbeitrag werden 50 Pfg. erhoben, so daß es jedermann möglich ist, den Film anzusehen. Restauration findet nicht statt. Deshalb auf am Sonntag nachmittag nach Ettlingen in die Festhalle. An die Ortsgruppen des Bezirks ergeht die Bitte, sich an das Rundschreiben zu halten.

** **Ausübung des Kundendienstes an den verkaufsfreien Sonntagen vor Weihnachten.** Es waren Zweifel entstanden, ob an den für den Verkauf freigegebenen Sonntagen vor Weihnachten während der Verkaufsstunden auch Waren den Kunden in ihre Wohnungen zugeführt werden dürfen. Die Bezirksämter haben sich vielfach auf den Standpunkt gestellt, daß auf Grund einer Bestimmung aus dem Jahre 1892 das Ueberbringen der Waren nicht ohne weiteres zulässig, sondern an die Erteilung einer besonderen Erlaubnis gebunden sei. Es ist auch wiederholt vorgekommen, daß Firmen, die ohne eine solche Erlaubnis an den betreffenden Sonntagen beispielsweise ihre Geschäftsautos verkehren ließen, um dem Wunsche der Kunden um sofortige Zusendung der gekauften Waren zu entsprechen, wegen Uebertretung der angezogenen Bestimmung aus dem Jahre 1892 bestraft worden sind. Im Interesse der hierdurch betroffenen Einzelhandelskreise hat nun die Handelskammer Karlsruhe die Frage aufgegriffen, und sie nach Fühlungnahme mit dem Bad. Ministerium des Innern dahin geklärt, daß die Zuführung von Waren an Kunden auch an Sonntagen in dem Umfang gestattet ist, in dem die Bezirksämter und die Bezirksräte den Sonntagsverkauf zugelassen haben.

× **Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang Dezember 1930.** Infolge der andauernd nassen Witterung im abgelaufenen Monat November konnten die Feldgeschäfte nur langsam bewältigt werden, gehen jedoch jetzt ihrem Ende entgegen. Die Wintersaaten sind fast überall gut aufgegangen und haben sich kräftig entwickelt. Die Mäuseplage ist durch die schweren Regenfälle vielerorts eingedämmt worden, dagegen nehmen Saatkrähen und Ackerschnecken in manchen Gegenden unliebsam überhand.

× **Fristablauf für Rentenanträge in der Angestelltenversicherung.** Durch Gesetz vom 7. März 1929 ist die Wartezeit in der Angestelltenversicherung allgemein auf 60 Beitragsmonate herabgesetzt worden. Sind weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so beträgt die Wartezeit 90 Beitragsmonate. Das Gesetz ist mit Wirkung vom 1. März 1929 in Kraft getreten. Ist ein Leistungsantrag vor diesem Zeitpunkt rechtskräftig abgewiesen worden, weil die Wartezeit nicht erfüllt war, so kann, wenn nach dem Gesetz vom 7. März 1929 die Wartezeit erfüllt ist, die Nachprüfung des Rentenantrages beantragt werden. Der Antrag muß aber bis zum Schlusse des Jahres 1930 gestellt sein.

** **Erdbeben.** Die Seismographen des Geologischen Instituts des Naturwissenschaftlichen Vereins, der Technischen Hochschule Karlsruhe, registrierten Mittwochabend wieder ein sehr starkes Fernbeben. Die ersten Vorläufer-Wellen erreichten 20 Uhr 03 Minuten 34 Sekunden die Station. Die Maximalbewegung des Bebens wurde um 20 Uhr 36 Min. und 20 Uhr 40 Minuten aufgezeichnet. Gegen 22 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Die Herdentfernung beträgt ca. 8300 Kilometer.

× **Langensteinbach, 4. Dez.** Am Dienstag wurde hier der Tabak zum Abtransport gewogen. Insgesamt wurden ca. 60 Zentner Tabak hier gepflanzt, welche von den Firmen Meerapfel, Karlsruhe, Marx und Katz & Co., Bruchsal zum Preise von 62 Mk. pro Ztr. gekauft wurden.

Schweres Motorrad-Unglück.

Rastatt, 5. Dezbr. Am Donnerstag abend gegen 20 Uhr fuhr bei Wartstation 77 der Rheintalbahn bei Rastatt ein Motorradfahrer in die geschlossene und ordnungsgemäß beleuchtete Wegschranke. Der Motorradfahrer wurde erheblich verletzt und mußte ins Krankenhaus Rastatt verbracht werden. — Es ist dies im Reichsbahndirektionsbezirk Karlsruhe im laufenden Jahr der 40. Fall, daß Kraftfahrer durch unvorsichtiges Fahren Wegeschranken durchbrachen und ihr Leben aufs Spiel setzten!

Rastatter Marktpreise vom 4. Dezember 1930. Auf den Schweinemarkt wurden verbracht: 83 Stück Läufer, Preis pro Paar 60—100 Mark, 626 Stück Ferkel, Preis pro Paar 25—45 Mark. Nicht verkauft wurden 14 Stück Läufer und 17 Stück Ferkel. — Auf dem Wochenmarkt kosteten: Tafelbutter 1 Pfd. 180—190, Landbutter 160—170, Trinkeier 1 St. 17—20 Pfg., Kisteneier 11—15 Pfg. Butter, Eier und Gemüse in Genüge.

Kaiserstr. 205 KARLSRUHE Kaiserstr. 205

Wer zuerst kommt mahlt zuerst

Das volkstümliche Wort können Sie auch auf unseren gegenwärtigen Total-Ausverkauf übersetzen. Wer zuerst kommt, hat die größte Auswahl, dem stehen die günstigsten Warenposten zur Verfügung, kurz, der genießt die größten Vorteile.

Wer sparen will
Wer sparen muß
geht zu
Goedtler
Spezial-Aussteuer- und Bettenhaus.

Letzte Nachrichten

Die Vernehmung Dr. Eckeners über das Unglück „R 101".

London, 5. Dez. Bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsgerichtshof über das Unglück des „R 101" erklärte Dr. Eckener, die erste Senkung des Vorschiffes sei durch vertikale Bewegungen eingeleitet worden, als bei dem Wachtwechsel der neue Steuerer sich erst an die damaligen Steuereigenschaften des Schiffes habe gewöhnen müssen. Hinzu käme, daß das Schiff etwa 3 bis 4 Tonnen Untertrieb gehabt hätte, und daß infolge von Gasverlusten in den vorderen Gaszellen das Vorderschiff schwerer als das Hinterschiff war. Es sei dann weiter Gas aus den Zellen entwichen und Gas nach hinten geströmt wodurch die Senkung verstärkt wurde. Infolge dieser Bewegung sei der fragliche Gasbehälter im Vorschiff weiter gerissen und hierdurch sei dann das scharfe Senken des Vorschiffes eingetreten. Abwerfen von Brennstoff habe das Schiff zeitweilig auf ebenen Kiel gebracht. Es habe sich aber in dieser Lage nicht halten können. Der Kapitän habe die Gefahr erkannt und dementsprechend die Motoren stoppen lassen, um bei der unvermeidlich werdenden Stranding die Fahrt aus dem Schiff herauszubekommen. Das Brechen eines elektrischen Drahtes habe dann wahrscheinlich die Explosion hervorgerufen. Auf Befragen meinte Dr. Eckener, daß bei 40 Unfällen, die er erlebt habe, nur ein einziges Mal die Motoren selbst Feuer verursacht hätten. Die Gasverluste beim „R 101" schienen sehr groß gewesen zu sein.

Das neue Polen-Kabinett.

Das neue polnische Kabinett ist gebildet. Ministerpräsident ist Oberst Slawek, Außenminister wieder Zaleski.

Gefängnisstrafe für Fußballrohlinge.

Ein Londoner Gericht verhängte kürzlich über einen als besonders roh bekannten Fußballspieler eine Gefängnisstrafe. Im Verlauf eines Wettspiels trat der Spieler A. J. Britton eines englischen Amateurvereins einem zu Fall gekommenen Gegner absichtlich ins Gesicht. Für diese Roheit wurde er jetzt mit einem Monate Gefängnis bestraft!

Vom Minister empfangen.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien wurde am Donnerstag in der Angelegenheit der oberschlesischen Terrorakte vom polnischen Außenminister empfangen.

Geschäftliches

≡ **Für Fußleidende.** Am Samstag, den 6., und Sonntag, den 7. Dezember, veranstaltet die Marktdrogerie (R. Chemnitz) eine kostenlose Demonstration des Bodan-Fußkorrektur-Systems. Der Bodan-Experte gibt allen Fußleidenden kostenlos und unverbindlich Ratschläge für die Behandlung von Senk-, Knick- und Spreizfüßen. Wer diese Gelegenheit nicht benützt, hat kein Recht, über Fußschmerzen zu klagen.

Wetterbericht

In Deutschland hat sich unter dem Einfluß des östlichen Hochdruckgebietes das vielfach heitere Wetter gehalten, und gestern nacht ließ die Ausstrahlung die Temperatur stellenweise bis unter −5 Grad heruntergehen während jetzt in höheren Lagen bereits die absinkende Luftbewegung eine föhnige Erwärmung hervorruft. Bei langsamem Durchfall wird sich das trockene Hochdruckwetter vorerst noch halten, doch verstärkt sich die Neigung zu Nebel, Hochnebel und auch zu hoher Bewölkung, wodurch die Temperaturen gleichmäßiger, nachts weniger tief, aber auch tagsüber nur wenig über Null Grad liegen. Gegen Ende der Woche wird wahrscheinlich die im Norden Europas sehr lebhafte Wirbeltätigkeit an Einfluß gewinnen.

Vorhersage für Freitag: Noch weiterhin trockenes, wenn auch vielfach nebliges oder bewölktes Wetter, ziemlich kalt, aber noch kein schärferer Nachtfrost, nach Süd drehende Winde.

Aussichten für Samstag: Zunehmende Neigung zu Bewölkung und wieder etwas milder, aber noch trocken.

Rheinwasserstand vom 4. Dezember 1930.

	4. 12. 30	3. 12. 30
Schusterinsel	172	172
Kehl	318	325
Maxau	518	528
Mannheim	461	482